Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2280

09. 12. 82

Sachgebiet 75

Beschlußempfehlung*)

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 8/1281 —

Bericht der Bundesregierung zur Situation der Entsorgung der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland (Entsorgungsbericht)

A. Problem

In einem Beschluß vom 1. Juli 1976 ersuchte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung, über die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Behandlung abgebrannter Brennelemente und der Endlagerung radioaktiver Abfälle und über den Stand der für die Entsorgung der Kernkraftwerke zu treffenden Vorsorge zu berichten.

B. Lösung

Der Bericht der Bundesregierung vom 30. November 1977 geht einschließlich einer Bewertung auf den damaligen Stand der Entsorgungspolitik ein und erörtert ferner den damaligen Stand der Entsorgungsvorsorge, die damalige Entsorgungsstrategie, und nimmt zu Fragen der Forschung und Entwicklung in diesem Bereich Stellung.

Im Hinblick darauf, daß der Entsorgungsbericht aus dem Jahre 1977 im Zuge der Entwicklung überholt ist, verweist die Beschlußempfehlung des Innenausschusses darauf, daß der Deutsche Bundestag und seine Fachausschüsse die Entsorgungssituation in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage einer Reihe von jeweils aktuellen Vorlagen erörtert haben und erkennt die vielfältigen Bemühungen zur Gewährleistung der Entsorgung kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik

---

*) *Der Bericht der Abgeordneten Schäfer (Offenburg) und Dr. Laufs folgt.*

Deutschland an. Darüber hinaus wird die Vorlage einer Fortschreibung des Entsorgungsberichtes an den Deutschen Bundestag zum 1. September 1983 für notwendig erachtet.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die Fraktion der SPD besteht auf Verabschiedung der von ihr vorgeschlagenen umfassenden Beschlußempfehlung, der die Mehrheit nur in den Punkten zugestimmt hat, die in der nunmehr vorgelegten Beschlußempfehlung enthalten sind.

In dem ursprünglichen Vorschlag der Fraktion der SPD ist unter anderem zusätzlich ausgeführt, daß eine gesicherte Entsorgung von Kernkraftwerken die Voraussetzung für deren Bau und Betrieb sein müsse und eine langfristige Entsorgung bis zum heutigen Zeitpunkt weltweit nicht gesichert sei. Daher könne gegenwärtig unter entsorgungspolitischen Gesichtspunkten ein Zubau von Kernkraftwerken nur in Frage kommen, wenn ein zusätzlicher Bedarf nicht durch heimische Kohle gedeckt werden könne. Ferner müßten parallel Erkundungen verschiedener Standorte in unterschiedlichen geologischen Formationen auf ihre Eignung zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen vorgenommen werden.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag und seine zuständigen Fachausschüsse haben sorgfältig an Hand des Entsorgungsberichtes in Drucksache 8/1281, des Berichtes der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik" in Drucksache 8/4341, der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zur „Verantwortung des Bundes für die Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland" in Drucksache 9/1231, des Berichtes der Bundesregierung vom 10. Oktober 1981 an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages über die Entsorgungslage der Kernkraftwerke sowie des dem Innenausschuß zugeleiteten Netzplanes zur Entsorgung von Kernkraftwerken des Bundesministers des Innern vom 27. April 1982 die Entsorgungssituation in der Bundesrepublik Deutschland erörtert.
2. Der Deutsche Bundestag erkennt die vielfältigen Bemühungen an, die Entsorgung kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihm bis zum 1. September 1983 eine Fortschreibung des Entsorgungsberichtes vorzulegen.

Bonn, den 8. Dezember 1982

Innenausschuß

Dr. Wernitz	**Schäfer (Offenburg)**	**Dr. Laufs**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333